

Spuren der New International Economic Order in den Sustainable Development Goals

Katja Freistein

Die Idee der New International Economic Order (NIEO) ist eng mit den Vereinten Nationen (UN) und ihrem Anspruch einer friedlichen, gerechteren Weltordnung verknüpft. Vor dem 50. Jahrestag der NIEO 2024 zeichnen sich aktuell Wiederbelebnungsversuche der damaligen Debatte über eine solche gerechtere Weltwirtschaftsordnung ab. Diese Versuche werden etwa in der Havanna-Erklärung (Progressive International 2023) der Progressives-International-Bewegung explizit formuliert. Der Bewegung dient die NIEO als Ansatzpunkt für zukünftige Reformen der Weltwirtschaftsordnung sowie als Grundlage substanziellen Wandels. Vor allem aber stimmte die UN-Generalversammlung im Dezember 2022 über eine Resolution ab (UN 2022), die die ursprünglichen Forderungen der NIEO bekräftigte und in einen neuen Diskussionsrahmen stellte. Die Resolution hatten Pakistan, China und die Gruppe der 77 (G77) unter dem Titel »Towards a New International Economic Order« eingebracht. Mit 123 zu 50 Stimmen (bei einer Enthaltung der Türkei) wurde die Resolution zwar angenommen, fand aber keinerlei Unterstützung bei westlichen Staaten. Die USA und die Tschechische Republik (stellvertretend für die EU-Staaten) begründeten ihre Ablehnung bereits im Vorfeld zum einen damit, dass die Resolution auf einer unangemessenen Regulierung internationaler Finanzinstitutionen bestehe. Zum anderen seien die Problemdefinitionen der 1970er Jahre (also die ursprüngliche NIEO-Erklärung, siehe UN 1974) kein zeitgemäßer Rahmen für die aktuellen Herausforderungen. Die Resolution von 2022 bekräftigt Forderungen, die schon 1974 gestellt wurden, stellt aber auch Bezüge zu jüngeren Entwicklungen in den UN her, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine gleichwertigere Rolle verschiedener Staaten anstreben. Explizit nennt die Resolution mehrfach die Sustainable Development Goals (SDG), die als Rahmen für zum Teil ähnliche Forderungen dienen – dort findet sich etwa die Regulierung internationaler Finanzinstitutionen in ähnlicher

Weise. Damit erreicht die neue Resolution erstens performativ eine Erinnerung an frühere Versprechen und zweitens eine Aktualisierung der Forderungen knapp fünfzig Jahre nach deren ursprünglicher Verabschiedung.

Was in den UN heute noch von den Zielen der damaligen NIEO geblieben ist, ist eine regelmäßige Überprüfung der Fortschritte bei der Erreichung der NIEO-Ziele. Diese lebt im System der UN eher als eine rituelle Erinnerung an die ursprünglichen Debatten weiter und leitet bis heute die Arbeit von UN-Institutionen wie etwa der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) an (Corea 1977). Die UN sind zwar einerseits die inklusivste internationale Organisation, in der auch die Staaten des Globalen Südens Mitglied sind, genießen aber andererseits allenfalls einen mäßig guten Ruf als Problemlöserin. Gerade in Bezug auf ihre Ungleichbehandlung von Staaten gerieten die UN schon häufiger in die Kritik. Das historische Scheitern der NIEO-Agenda war dabei nur ein Indikator, der die UN als eine Institution, die auch die Interessen südlicher Staaten vertreten sollte, letztlich machtlos erschienen ließ (Hurd 2007). Einigermassen regelmäßig veröffentlichten die UN jedoch bis heute Berichte, die prüfen, ob es Fortschritte in Richtung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung gibt – stets mit explizitem Bezug auf die NIEO. Diese Bezugnahmen waren lange Zeit alles, was in den UN noch von der NIEO geblieben war. Zumindest der revolutionär egalitäre Anspruch der NIEO, aber auch ihr fundamental systemkritischer Ansatz, mit Forderungen nach grundlegenden Reformen, sind im heutigen Diskurs nicht mehr so recht zu finden. Dennoch ist die NIEO keineswegs vergessen; sie lebt in den UN fort und kann – so lässt sich argumentieren – auch diskursiv reaktiviert werden. Beobachten lässt sich das – wie ich in diesem Beitrag zeigen möchte – ganz besonders in den 2015 verabschiedeten globalen Entwicklungszielen, den SDG (UN 2015a). Diese führen einerseits Ideen und Maßnahmen globaler Entwicklungszusammenarbeit einfach weiter und stehen andererseits für eine ambitionierte und aufwendige Agenda, die zumindest implizit auf eine systematische Gleichstellung von Entwicklungsländern und anderen Ländern abzielt. Als Großprojekt verschiedener UN-Organisationen in Kooperation mit zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen Unterstützer:innen initiiert, bilden die SDG einen Rahmen für die globale Entwicklungszusammenarbeit. Sie bündeln in zentralen Bereichen Ressourcen und sollen dazu beitragen, beobachtbare Fortschritte bei der Verbesserung von Lebensbedingungen überall auf der Welt zu erzielen.

Im Folgenden möchte ich an drei zentralen Punkten zeigen, wie sich trotz unterschiedlicher Rhetorik und trotz starker Veränderungen des institutio-

nellen und politischen Kontexts auch im heutigen UN-Diskurs noch Spuren der NIEO nachverfolgen lassen. Diese Spuren finden sich insbesondere in den aktuellen globalen Entwicklungszielen, den SDG, nämlich 1. in deren universalem Geltungsanspruch, 2. in deren Ziel einer besseren Teilhabe der Entwicklungsländer an globalen Entscheidungsprozessen und 3. in deren Idee der Nachhaltigkeit. Mit der diskursiven Verknüpfung beider Prozesse – von SDG und NIEO – bieten sich Chancen für eine Wiederbelebung der Diskussion um Chancengleichheit für Länder des Globalen Südens, die ich hier ausloten möchte. Die SDG sollen dabei nicht als Neuauflage der Debatten um strukturelle Ungleichheiten im internationalen System verstanden werden, wie es die NIEO einst tat; dennoch zeigen die SDG im Unterschied zu vorherigen Debatten der letzten Jahrzehnte zumindest Ansätze einer fundamentalen Beschäftigung mit ungleichen Bedingungen, deren Grenzen und Potenziale hier ebenfalls zur Sprache kommen.

Die NIEO im Rahmen der Vereinten Nationen

Die Debatten um die NIEO fanden in einem internationalen Rahmen statt, der sich nach 1945 als Nachkriegsordnung konstituierte und erst im Zuge der Dekolonisierung allmählich inklusiver und tatsächlich global wurde (Weiss/Daws 2018). Zumindest der Anspruch der UN, gleiche Rechte für alle Staaten zu garantieren, kann als global angesehen werden. Die intensiven politischen Auseinandersetzungen um eine neue Weltordnung innerhalb der UN – die sich unter anderem an den Forderungen nach der NIEO zeigten – waren nur möglich, weil neue Staaten in Asien und Afrika, die sich zuvor als verbleibende Kolonien in die Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg hatten fügen müssen, nun als autonome Subjekte internationaler Politik zum ersten Mal ihre Rolle als formal souveräne und gleichberechtigte Einheiten einnahmen. Der Status als eigenständige Staaten (anstatt als Kolonien westlicher Mächte) erlaubte es ihnen, eigene Interessen zu formulieren und nicht nur als abhängige Einheiten aufzutreten. Symbolisch wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Emanzipation waren etwa die Konferenz von Bandung 1955 (die als Moment der Kooperation zwischen postkolonialen Staaten gilt, siehe allerdings kritisch dazu Shilliam 2016) sowie die Gründung der Bewegung der Blockfreien Staaten 1961. Sie unterstrichen den Anspruch der neuen Staaten auf souveräne Gleichheit (Wright 1956). Trotz des neuen Status, den sich zumindest einige Staaten mit vielen Opfern in Befreiungskämpfen gegen ihre Kolonial-

mächte erworben hatten, war die postkoloniale Weltordnung von Beginn an alles andere als gleich.

Die Forderungen nach einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung untermauerten daher einen Anspruch auf Gleichbehandlung, der sich nicht allein in formalen Rechten erschöpfen sollte. Vielmehr ging es den neu gegründeten Staaten um fundamentale Rechte auf gleiche Entwicklung und gleiche Lebenschancen für die Bevölkerungen – unabhängig davon, wo diese lebten. Der rechtlichen Gleichstellung sollten Schritte hin zu einer materiellen Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten folgen (Anghie 2015; Cox 1979). Der NIEO-Erklärung lag eine dependenztheoretische Problemdiagnose zugrunde, wonach die Entwicklungshemmnisse postkolonialer Staaten durch externe Konstellationen begründet seien. Neben Forderungen nach einer Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung zeigte sich das auch an der Kritik an verbleibenden kolonialen Strukturen (Murphy 2019). Konkret heißt es etwa: »Remaining vestiges of alien and colonial domination, foreign occupation, racial discrimination, apartheid and neo-colonialism in all its forms continue to be among the greatest obstacles to the full emancipation and progress of the developing countries and all the peoples involved« (UN 1974). Die genannten Ziele Emanzipation und Fortschritt verweisen auf strukturelle Asymmetrien zwischen Staaten, die auch nach der Dekolonisierung weiter Bestand hatten.

In den UN wurde die Debatte auch nach der Erklärung von 1974 fortgeführt. Auch im Westen war zum Teil Solidarität mit den Zielen der Entwicklungsländer zu erkennen. Dennoch schwächte sich diese Dynamik in den folgenden Jahrzehnten ab. Gleichheit als zentrales Ziel globaler Politik wurde von anderen Zielen abgelöst; die Idee der Entwicklung entfernte sich vom Ideal wirtschaftlicher Zusammenarbeit und konzentrierte sich stärker auf die Bekämpfung von Hunger und Armut. Alternative Politikideen – etwa eine panafrikanische Solidarität – wichen der Konzentration auf nationalstaatliche Entwicklung, die den Blick auf die Bedeutung und Stärkung staatlicher Leistungen verengte. Damit verlor auch die NIEO-Bewegung letztlich an Bedeutung.

Die SDG-Agenda

Die SDG sind das bislang umfangreichste Paket global formulierter Ziele in unterschiedlichen Bereichen der globalen Entwicklungszusammenarbeit. Sie

reichen von sehr konkreten Bestrebungen wie etwa der Abschaffung absoluter Armut oder dem Zugang aller Menschen zu sauberem Trinkwasser bis hin zu Zielen wie gerechten Gesellschaften und verantwortlichem Konsum, die eine große Bandbreite an Feldern abdecken. Die Umsetzung der SDG soll auf unterschiedlichen Ebenen gelingen, durch eine Kooperation zwischen internationalen Organisationen, staatlichen Institutionen und privaten Akteur:innen wie Non-Profit Organisationen oder Unternehmen. Wie ich später noch ausführen werde, gestaltete sich bereits der Beratungsprozess im Vorfeld aufwendiger und inklusiver als bis dahin in den UN üblich. Eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur:innen wirkte auf die Ausgestaltung der SDG hin, teils in harten Verhandlungen um Formulierungen oder einzelne Maßnahmen. Die SDG folgen in ihrer Form und Kommunikation einem heute in der globalen Entwicklungspolitik dominanten Diskurs, der sich am Vokabular und an den Zielen privater Unternehmen orientiert (Best 2017; Lie/Sending 2015; Seabrooke/Sending 2019). Gleichzeitig wurden die SDG für die breite Öffentlichkeit aufgearbeitet, um einen hohen Wiedererkennungswert zu besitzen und leicht zugänglich zu sein. Unter anderem ist jedem einzelnen Ziel ein Symbol und eine Kachel in einer bestimmten Farbe zugeordnet – die weit verbreitet auf Homepages unterschiedlicher Organisationen, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder in Broschüren zu finden sind. Anders als ihre Vorgänger, die Millennium Development Goals (MDG) von 2000 bis 2015 (UN 2015b), die eine deutlich geringere Anzahl an Zielen enthielten, sind die SDG sehr ambitioniert und umfänglich formuliert.

Eine der Lektionen, die man aus der etwas schleppenden Umsetzung der MDG zog, war die Idee, die SDG von vornherein an Messbarkeitskriterien auszurichten (Jerven 2013). Die SDG enthalten daher neben den 17 Zielen mit 169 Unterzielen Hunderte Indikatoren, anhand derer Fortschritte genau aufgezeigt werden können (Fukuda-Parr/McNeill 2015, 2019). Indikatoren sind Instrumente, für die verlässliche Daten aus den einzelnen Ländern benötigt werden, sowie die entsprechende Expertise (Clegg 2010; Cobham 2014). Damit haben die SDG zum einen den sehr umfassenden und abstrakten Anspruch einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensumstände bis 2030. Zum anderen sind sie aber mit sehr konkreten Kriterien versehen, die auf diesem Weg erfüllt werden sollen. Bisweilen können dabei Zielkonflikte auftreten, da die Indikatoren nicht immer vollständig das abbilden, was mit den Zielen erreicht werden soll. Zudem wurde die Bereitstellung verlässlicher Daten aus allen Ländern zu einer der Prioritäten globaler Organisationen. Das soll dazu dienen, Fortschritte genau überwachen zu können, machte aber wiederum eine neue, kostspielige

ge Infrastruktur erforderlich (Kapto 2019). Die möglichen Folgen sind bekannt und werden im Rahmen der UN auch diskutiert. Dazu gehören etwa die Depolitisierung schwieriger Themen durch eine zunehmende Quantifizierung und Technisierung (Louis/Maertens 2021) oder die Verengung von Expertise (Bandola-Gyll 2022). Für die Reichweite der SDG-Agenda bedeuten diese Folgen, dass nach der anfänglichen Beratung über die Ziele jetzt vor allem über die Messung und Umsetzung diskutiert wird, aber nicht mehr so viel über normative Implikationen und systemische Fragen. Vermutlich hätten Letztere aber einen Konsens über die SDG auch verhindert.

Die SDG folgen in mehreren Schritten Entwicklungen in der globalen Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel einer Verringerung allzu deutlicher Asymmetrien und Hierarchien zwischen Staaten. Dazu gehören Meilensteine wie die Addis Ababa Action Agenda (UN 2015c), bei der es darum geht, Maßnahmen zu finanzieren, die für Entwicklungsstaaten sinnvoll sind, ohne über deren Köpfe hinweg zu entscheiden. Die Agenda wurde im gleichen Jahr verabschiedet wie die SDG und das Pariser Klimaabkommen, was enge diskursive Verbindungen zwischen den verschiedenen Projekten erklärt. Verschiedene UN-Organisationen versuchten, ihren Stand im Globalen Süden zu verbessern, etwa mit Versuchen, Entwicklungsländer stärker in die Entwicklungszusammenarbeit einzubinden und diese eher partnerschaftlich zu organisieren. Dazu zählt beispielsweise das Busan Partnership Agreement (OECD 2011), das die Effektivität globaler Entwicklungszusammenarbeit unter anderem durch eine stärkere Einbindung und Mitsprache von Entwicklungsländern verbessern sollte. Solche Vorstellungen von Partnerschaftlichkeit wirken in den SDG fort. Sie können als Ziel gleicher Teilhabe und gleicher Behandlung von Staaten des Globalen Südens angesehen werden.

Die SDG lassen zwar einerseits den allumfassend kritischen Habitus der NIEO vermissen, sind aber andererseits zumindest implizit stärker mit der Möglichkeit einer gerechteren globalen Ordnung befasst als etwa die MDG. Man kann in den SDG weniger eine vereinheitlichende, konsistente Ideologie erkennen, sondern eher eine hart verhandelte, aber auch intuitiv einleuchtende Ansammlung von Zielen, deren Umsetzung die Lebensqualität nahezu aller Menschen verbessern könnte. Den SDG fehlen einige Aspekte, die ebenfalls für wichtig erachtet wurden. Dennoch sind sie in ihrem Anspruch umfassend. Die Verhandlungen vor der Einigung auf die finale Fassung der SDG-Agenda waren ambitioniert und langwierig, da bereits im Vorfeld eine möglichst breite Zustimmung gesichert werden sollte (Fukuda-Parr 2016). Wie bereits angesprochen basieren die SDG nicht auf einer gemeinsamen ideologischen

Basis aller Staaten. Sie verkörpern erst recht keinen globalen Wertekonsens, der vorgibt, wie das Leben von Menschen überall auf der Welt verbessert werden kann. Die SDG führen fort, was mit den MDG begonnen wurde, gehen aber über diese hinaus (Fisher/Fukuda-Parr 2019). Die MDG waren stark an den bestehenden Politikzielen der UN-Organisationen orientiert und führten diese logisch fort (UNECE 2015). Die SDG schlagen neben einer Programmatik, die an der Verbesserung individueller und kollektiver Lebensumstände ausgerichtet ist, auch Maßnahmen zur Erreichung einer nachhaltigen Zukunft vor. Das ist nicht immer in Einklang mit anderen zentralen Zielen zu bringen, wie etwa der Abschaffung absoluter Armut. Die große Breite der verschiedenen Ziele, der inklusive Prozess der Umsetzung und die Ausrichtung an der Messbarkeit der Maßnahmen machen die SDG zu einem sehr ambitionierten Vorhaben (Ordaz 2019).

Angesichts der Komplexität der Zielsetzungen lassen sich anhand der SDG Entwicklungen nachvollziehen, die in den Jahrzehnten nach der NIEO-Erklärung und insbesondere in jüngerer Zeit den UN-Diskurs geprägt haben und die zum Teil immer wieder Forderungen der NIEO aufnehmen. Bei der Formulierung der Ziele können wir einen graduellen Diskurswandel beobachten, der durchaus an die Vision der NIEO anschließt. So enthalten die globalen Entwicklungsziele zum Beispiel eigens das Ziel einer Verringerung unterschiedlicher Formen von Ungleichheiten (SDG, Ziel 10, Destatis o.J. a). Viele Dimensionen, die bereits die MDG angesprochen hatten, betreffen Chancengleichheiten und soziale Ungleichheiten, etwa Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, den ungleichen Zugang zu Bildung oder zu Gesundheitsversorgung. Sie sind ein Teil der UN-Agenda, der seinen Ausdruck auch in der funktionalen Differenzierung von UN-Organisationen (wie der »Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen« (UN Women) oder der Weltgesundheitsorganisation, WHO) findet (Freistein/Mahlert 2016). Die SDG begreifen Ungleichheiten als ein zentrales Hindernis für nachhaltige Entwicklung, jedoch auch als eigenständiges Problemfeld, das sich in den Programmen von Entwicklungsorganisationen traditionell nicht finden ließ. Mit den SDG erfährt es nun eine deutliche Aufwertung. Da die SDG als gemeinsame Ziele aller Regierungen verabschiedet wurden, entfalten sie eine hohe Verbindlichkeit und wirken sich auf die Ausgestaltung konkreter Projekte aus. Allerdings kam die Umsetzung der SDG massiv ins Stocken – nicht zuletzt wegen der Covid-19-Pandemie, aber auch aufgrund der mangelnden Bereitschaft vieler Staaten. Daher besteht wenig Hoffnung auf eine Erreichung der Ziele bis 2030.

Verbindungen zwischen SDG und NIEO

Im Folgenden möchte ich drei zumindest implizite Pfade von der NIEO zu den SDG aufzeigen, anhand derer man nachvollziehen kann, wie die Forderungen von vor fünf Jahrzehnten unter heutigen Vorzeichen diskutiert werden. Dabei mischen sich in den SDG Ziele, die Forderungen aus der NIEO wieder aufleben lassen, mit solchen, die unter den Vorzeichen der aktuellen globalen Situation den Geist der NIEO aktualisieren und mit neuen Forderungen verknüpfen. Der erste Pfad, in den SDG als universaler Anspruch verkörpert, greift Asymmetrien zwischen Globalem Norden und Süden auf, also eine Dimension von Gleichbehandlung aller Staaten. Diese war in der NIEO zumindest bezogen auf den Welthandel zentral. Der zweite Pfad betrifft Möglichkeiten der Teilhabe an globalen Entscheidungsprozessen, hat also eher indirekte Bezüge zur NIEO von 1974 – dafür aber dezidierte Anknüpfungspunkte an die NIEO-Resolution von 2022. Mit dem dritten Pfad, der Nachhaltigkeit, knüpfen die SDG ihre Versprechen an das Schicksal zukünftiger Generationen, deren Überleben gesichert werden soll: Der Fokus auf Umwelt und Klima zeigt durchaus Spuren der NIEO-Erklärung, die ebenfalls intergenerationelle Ansprüche geltend machte.

Universaler Anspruch

Eine Form von Gleichheit, die hier als Leitmotiv für die Spurensuche dient, ist die Sprache der universellen Geltung, also einer Gleichrangigkeit aller beteiligten Akteur:innen. Was die SDG maßgeblich von bisherigen Entwicklungszielen, aber auch von der Rhetorik der UN-Organisationen in vorherigen Dekaden unterscheidet, ist ihr Anspruch auf universale Geltung. Dadurch sind die SDG mehr als nur Ziele für eine nachholende Entwicklung besonders armer Staaten oder Staaten des Globalen Südens. Sie gelten darüber hinaus für alle Staaten (und Subjekte) gleichermaßen. Mit diesem Versuch, eine Gleichheitsidee in die Diskussion globaler Entwicklung einzuführen, gehen die SDG über die NIEO hinaus, nämlich indem sie die Unterscheidung zwischen entwickelten und Entwicklungsländern zum Teil hinter sich lassen. Ein UN-Bericht zur Umsetzung der NIEO von 2016 (hier und im Folgenden zitiert als »Declaration«) lobt diesen Schritt: »Finally, one of the important features of the Sustainable Development Goals is universality: they apply to all countries, both developed and developing, which conforms to the Declaration's emphasis on the interdependence and interrelationship between the prosperity of the de-

veloped countries and the growth and development of the developing countries.« (IISD 2016: 10). Die Idee der universellen Geltung verdeutlicht, dass Entwicklung nicht als linearer Prozess angesehen wird, bei dem eine Gruppe vorgeht, während andere wichtige Schritte nachholen müssen. Vielmehr lautet die Annahme, dass alle Staaten sich mit ihren Institutionen und Bevölkerungen in einem ständigen Entwicklungsprozess befinden, in dem sie weiterhin viele Aufgaben zu erfüllen haben. Die Einbeziehung privater Akteur:innen in diese Prozesse verdeutlicht, dass aus dieser Sicht Staaten nicht allein verantwortlich sind, sondern unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen nur gemeinsam zu einer erfolgreichen Umsetzung der Ziele beitragen können.

Daher ermuntert der NIEO-Bericht von 2016 dazu, den sehr inklusiv und partizipativ organisierten Prozess, mit dem die UN eine Agenda für die neuen Ziele von 2015 vorbereiteten, als Fortsetzung der Ziele der NIEO-Erklärung anzusehen: »For example, compared with the Millennium Development Goals, the Sustainable Development Goals were formulated through a more open, transparent and participatory process. That conformed to the Declaration's call for ›full and effective participation on the basis of equality of all countries in the solving of world economic problems‹.« (ebd.: 9) Die diskursive Verknüpfung der NIEO-Erklärung mit den SDG kann als Versuch gewertet werden, einerseits die NIEO-Idee am Leben zu halten und andererseits die SDG als einen möglichen Weg anzuerkennen, den Zielen näherzukommen.

Die Universalität gibt vor allem den Anspruch und die Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen vor. Jedoch gehen auch die SDG nicht so weit, jegliche Unterscheidungen zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern hinter sich zu lassen. In ihren Formulierungen behalten die SDG an einigen Stellen die Unterscheidung zwischen entwickelten und Entwicklungsländern bei. Diese wird jeweils dann zentral, wenn daraus besondere Rechte oder Pflichten abgeleitet werden sollen. Gerade dort, wo viele Entwicklungsländer besonderer Unterstützung bedürfen, etwa in der Bekämpfung von Hunger (Unterziel 2.a der SDG erwähnt beispielsweise die »am wenigsten entwickelten Länder«, Destatis o.J. b), weichen die SDG von ihrer sonstigen Rhetorik ab. Damit wird die Universalität der SDG zwar partiell zurückgenommen, zugleich erinnern die SDG aber an die Pflicht der reichen Staaten des Nordens, die Staaten des Globalen Südens nicht mit ihren Herausforderungen allein zu lassen. Denn die Formulierungen »Entwicklungsländer« oder »am wenigsten entwickelten Länder« finden sich in den SDG an mehreren Stellen, die Kausalitäten zwischen den Privilegien reicherer Länder und den Heraus-

forderungen für ärmere Länder benennen.¹ Diese doppelte Interpretation mit grundsätzlicher Gleichheit zwischen den Staaten, aber auch besonderen Rechten der Entwicklungsländer erinnert an die NIEO, in der zum einen auf gleiche Bedingungen für alle Staaten gepocht, andererseits aber auch auf bestehende Unterschiede in der Einflussnahme verwiesen wurde.

Gleiche Teilhabe

Eine zentrale Auseinandersetzung im Forum der UN, die sich sowohl in den SDG als auch in der Erklärung zur NIEO von 1974 niederschlägt, dreht sich um gleiche Bedingungen für die (wirtschaftliche) Entwicklung im Globalen Norden und Süden. Dabei geht es nicht allein um den Ausgleich von Nachteilen, sondern implizit auch um eine gleichwertige Teilhabe aller Staaten an der Gestaltung des Systems. Dies spiegelt sich auch in den SDG wider. Die stärkere Beschäftigung mit Ungleichheiten als zentrales Problem von Entwicklung finden sich vor allem in Ziel 10 der SDG, das eine Verminderung unterschiedlicher Formen von Ungleichheiten anstrebt und den Kurztitel »Weniger Ungleichheiten« trägt (Destatis o.J. b). Das Ziel adressiert auch Formen sozialer und ökonomischer Ungleichheiten, die über die üblicherweise erwähnten hinausgehen. Anders als Ziele wie etwa die Bekämpfung von Hunger oder die Armutsreduzierung sind Verweise auf oft strukturelle Ungleichheiten politisch deutlich sensibler. Daher wurden sie im Diskurs lange Zeit nur selten erwähnt. Der Diskurswandel zeigt sich unter anderem an den Unterzielen von Ziel 10, das sehr unterschiedliche Ungleichheitsdimensionen anspricht. Einige davon verweisen auf die zentrale Rolle staatlicher Wohlfahrt und Gesetzgebung. Die Unterziele erinnern auch an die wichtige Rolle globaler Institutionen, die mit ihrer Politik wiederum auf Nationalstaaten einwirken. Die neue NIEO-Resolution von 2022 greift dies – wie erwähnt – sehr explizit auf. So explizite Formulierungen zu Ungleichheit gab es in den MDG nicht, sodass wir hier von einem Diskurswandel ausgehen können, der sich in den SDG niederschlägt.

Die bereits angesprochenen partnerschaftlichen Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit sind ein Versuch, Asymmetrien auszugleichen und be-

1 In Unterziel 2.b heißt es beispielsweise: »Handelsbeschränkungen und -verzerrungen auf den globalen Agrarmärkten korrigieren und verhindern, unter anderem durch die parallele Abschaffung aller Formen von Agrarexportsubventionen und aller Exportmaßnahmen mit gleicher Wirkung im Einklang mit dem Mandat der Doha-Entwicklungsrunde.« (Destatis o.J. b).

stimmte Gruppen stärker zu ermächtigen. Die postkolonialen Staaten setzten ihre Hoffnungen lange Zeit auf eine rasche wirtschaftliche Entwicklung und auf politische Gleichheit als Mittel zu deren Ermöglichung – wie die NIEO-Bestrebungen zeigen. Doch auch dieser Diskurs hat sich mittlerweile gewandelt. Allerdings bleiben strukturelle Ungleichheiten bestehen. Zum Teil werden diese auch in der institutionalisierten Ordnung reproduziert, vor allem in den UN und in ihren Organisationen, aber auch in globalen Finanzinstitutionen (Fehl/Freistein 2020, 2021), die trotz etlicher Reformen noch weit von einer Gleichstellung aller Staaten entfernt sind. Viele internationale Organisationen innerhalb des UN-Systems bauten die massiven Machtungleichheiten des internationalen Systems bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung quasi mit in ihre Strukturen ein. Damit blieben auch die Chancen auf eine gleiche Entwicklung systematisch ungleich verteilt. Die Dimension politischer Teilhabe ist daher relevant und hat einen Einfluss auf zentrale Forderungen der NIEO-Erklärung, beispielsweise der Zugang zu Handelsprivilegien und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Jüngere Initiativen wie die Gründung der »New Development Bank« durch die sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) oder Initiativen wie die 2004 von sozialistisch orientierten Staaten Lateinamerikas gegründete »Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América« (ALBA) haben gezeigt, dass Initiativen für einen radikalen und umfassenden globalen Wandel eher in den Hintergrund getreten sind – die Kritik an fundamental ungleichen Rechten und Chancen jedoch nicht. Das UN-System vermochte es nicht umfassend, mächtige Staaten zu bändigen und schwache Staaten zu ermächtigen, sodass die Gleichheitsideen postkolonialer Staaten wenig Resonanz finden konnten. Dennoch greifen die SDG, anders als die eher minimalistisch formulierten MDG, auch solch grundlegenden strukturellen Debatten zumindest implizit wieder auf. Ein Grund dafür mag die Wiederbelebung einer Debatte über globale Ungleichheiten seit den 1990er Jahren sein (Kanbur/Lustig 1999). Die Diskussion wurde verstärkt vor allem seit der Finanzkrise von 2008/2009 geführt. Sie konzentriert sich vor allem auf massive Einkommens- und Vermögensungleichheiten zwischen Staaten beziehungsweise zwischen Staaten und Individuen. Gleichzeitig macht sie im globalen Vergleich gravierende Entwicklungsdifferenzen deutlich.² Insbesondere von ökonomischen Ungleichheiten auf globaler Ebe-

2 Wie der bekannte Elephant-Graph zeigt, der für verschieden Staatengruppen abbildet, wo sie in der globalen Einkommensverteilung stehen (in einer Form, die vage an

ne – etwa im Welthandel oder im Zugang zu Krediten – war seit den Debatten um die NIEO bis vor einigen Jahren nur selten explizit die Rede. Seit einiger Zeit ändert sich dies jedoch. Mit der Finanzkrise ab 2008/2009 und der damit verbundenen Zunahme relativer Armut auch in reicheren Ländern wurde eine Kritik an sozialen und ökonomischen Ungleichheiten im Mainstream wirtschaftswissenschaftlicher Debatten wieder salonfähiger. So bezieht seit einigen Jahren beispielsweise sogar der Internationale Währungsfonds (IMF) Stellung zu den schädlichen Auswirkungen systematischer Einkommens- und Vermögensungleichheiten auf nationale Ökonomien und das Weltwirtschaftswachstum – dies war zuvor jahrzehntelang nicht der Fall gewesen.

Die SDG reagieren auf diese Debatten. Das erkennt man unter anderem daran, dass ihr Verständnis von Ungleichheiten unter anderem auch Entwicklungsunterschiede zwischen Staaten berührt. Ziel 10 lautet: »Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern« (Destatis o.J. a). Während die ersten vier Unterziele von Ziel 10 unterschiedliche Dimensionen sozialer und ökonomischer Ungleichheiten wie Inklusion, Einkommen, Chancengleichheit und Umverteilung in Staaten ansprechen, erwähnen die Unterziele 10.5 und 10.6 sehr dezidiert Dimensionen, die auf Ungleichheiten zwischen Staaten verweisen. Man könnte sogar so weit gehen, diese Dimensionen als Ursachen struktureller globaler Ungleichheiten zu lesen. Denn Unterziel 10.5 verlangt nach einer Verbesserung der »Regulierung und Überwachung der globalen Finanzmärkte und -institutionen« und Unterziel 10.6. nach einer »bessere[n] Vertretung und verstärkte[n] Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Entscheidungsfindung in den globalen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen« (Destatis o.J. a). Dies knüpft deutlich an Forderungen der NIEO an, die seit 40 Jahren im Raum stehen.

Zwei Aspekte an diesen Zielen sind besonders interessant: Zum einen benennen die SDG damit die Politik internationaler Finanzinstitutionen (die sogenannten Bretton-Woods-Institutionen) und den Umgang mit globalen Märkten klar als Entwicklungshemmnisse für ärmere Staaten. Es gab hier in

einen Elefanten erinnert, dessen aufwärts gerichteter Rüssel den extremen Reichtum der obersten Prozent anzeigt), haben nur einige wenige ehemalige Entwicklungsländer, vor allem China, einen wirtschaftlichen Aufstieg durch Wachstum geschafft (Lakner/Milanovic 2016), während die Mehrheit der Entwicklungsländer abgehängt bleibt. Verluste bei der Weltmittelschicht (auch in westlichen Staaten) und extreme Gewinne superreicher Individuen sind Nebenfunde in dieser Hinsicht, die allerdings auch strukturelle Gründe für ökonomische Ungleichheiten verdeutlichen.

der Vergangenheit immer wieder Ansätze zu mehr Regulierung, aber selbst in den neueren Debatten zu globalen Einkommens- und Vermögensungleichheiten wird selten auf diese Kausalität verwiesen, die Proteste gegen IMF und Weltbank bereits seit Jahrzehnten kritisieren (Wade 2001). Zum anderen wird in den SDG auch Kritik daran laut, wie unverhältnismäßig stark das Stimmgewicht einiger weniger Staaten in internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen bislang ist. Eine Mitsprache in Entscheidungs- und Agenda-Setting-Prozessen, wie sie in den Zielen gefordert wird, sehen die SDG demnach als ein mögliches Instrument der Entwicklungsländer an, eine schädliche Politik zu verhindern und mögliche Entschuldungsprogramme oder bessere Konditionen für Kredite zu erwirken. An dieser Stelle nehmen die SDG also globale Ungleichheiten ins Visier, die einer gerechten Weltwirtschaftsordnung im Weg stehen.

Die Wortwahl in Unterziel 10.6. macht zudem deutlich, dass in diesem Feld eine besondere Ungleichheit zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern gesehen wird – es geht eben nicht um einen allgemein besseren Zugang zu Entscheidungen, sondern spezifisch um die Ermächtigung der Entwicklungsländer, selbst Teil der Politik zu werden, die sie bislang in ungleichen Bedingungen hielt. Eine »gleichwertige Repräsentation« (»equitable representation«), von der bereits im »NIEO Programme of Action« (UN 1974) mehrfach die Rede ist, wird in Unterziel 10.6 nicht erwähnt. Dennoch fordern die SDG immerhin eine bessere, fairere Repräsentation und Mitsprache, die man als zumindest als wichtigen Schritt ansehen kann. Implizit lässt sich das auch als Fundamentalkritik an den Bretton-Woods-Institutionen lesen, die trotz mehrerer Reformen (etwa einer Stimmrechtsreform in der Weltbank 2010, die das Gewicht von Entwicklungsländern stärken sollte, oder die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO), die eine formale Gleichheit aller Staaten institutionell umsetzt) Staaten alles andere als gleichberechtigt behandeln. Damit lassen sich Parallelen zwischen der NIEO-Erklärung von 1974 und den SDG erkennen, zumindest was die Kritik an internationalen Finanzinstitutionen als Mitverursacher globaler Ungleichheiten betrifft. Diese Kritik bekräftigt auch die NIEO-Resolution von 2022 noch einmal.

Die Idee der Nachhaltigkeit

Schließlich kann man auch den sehr zentralen – und für die SDG namensgebenden – Begriff der Nachhaltigkeit diskursiv mit den ursprünglichen Überzeugungen in der NIEO in Verbindung bringen. Die NIEO-Erklärung

von 1974 vertritt explizit die Auffassung, dass zwischen allen Staaten interdependente Beziehungen bestehen und dass daher das Schicksal der einen Staaten mit dem der anderen Staaten verbunden ist. Sie geht sogar einen Schritt weiter und verweist darauf, dass das »politische, wirtschaftliche und soziale Wohlergehen« von »zukünftigen Generationen« durch politische Entscheidungen geprägt werde (»depends more than ever on co-operation between all the members of the international community on the basis of sovereign equality and the removal of the disequilibrium that exists between them«, UN 1974).

Diese Annahme spielt auch in der Idee der Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle. Das Handeln von Menschen heute – so die Annahme in der NIEO-Deklaration und den SDG gleichermaßen – beeinflusst die Möglichkeiten zukünftiger Generationen, ein lebenswertes Leben zu führen. Während in der NIEO-Erklärung eher über Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums nachgedacht wird, kommt in den SDG noch ein weiterer wichtiger Aspekt hinzu, den die NIEO noch nicht in dem Ausmaß antizipieren konnte: der Klimawandel und seine Folgen. Beiden Projekten ist jedoch gemein, dass sie kausale Interdependenzen zwischen Menschen und ihrem Verhalten auf der ganzen Welt sowie zwischen heutigen und kommenden Generationen betonen. Beide Dokumente pochen auf eine Kooperation auf Augenhöhe zum Wohle zukünftiger Menschen – sie verbinden also gleiche Rechte mit gleicher Verantwortung.

Die zuvor bereits beschriebene Gleichheitsagenda steht damit in den SDG in einem Kontext, der bedeutet, dass die Erreichung der Ziele nicht nur kleinere Anpassungen im System, sondern fundamentale Veränderungen erfordert. Ein gutes Leben zukünftiger Generationen ist nur möglich, wenn sich die Lebensqualität von Menschen in Entwicklungsländern schon heute deutlich verbessert. Es ist kein Zufall, dass die SDG im letzten Punkt des Ungleichheitsziels 10 die Lebensbedingungen von Migrant:innen adressieren, denn Migration ist häufig eine Konsequenz massiver Verschlechterungen der Lebensqualität – ausgelöst etwa durch den Klimawandel und seine Folgen. Die Verflechtungen zwischen Menschen im wohlhabenden Globalen Norden und im ärmeren Globalen Süden können nicht mehr nur rein wirtschaftlich gedacht werden, sondern berühren vielfältige Fragen von Überleben, Lebensqualität und Grenzen des Wachstums. Gleichheitsagenda und Nachhaltigkeitsagenda sind damit unmittelbar miteinander verbunden – damals wie heute. Die NIEO-Resolution von 2022 verweist daher auch mehrfach auf die negativen Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere auf Entwicklungsländer. Sie stellt ihre Forderungen in den Kontext des Pariser Klimaabkommens. Die Forderung

nach Nachhaltigkeit kann hier also als strategisches Mittel angesehen werden, Forderungen nach Gleichheit zu erheben.

Schlussfolgerungen

Die SDG stehen zwar nicht in einem direkten Verhältnis zur NIEO-Erklärung von 1974, greifen aber einige der grundlegenden Fragen aus den 1970er Jahren wieder auf – insbesondere zu Ungleichheiten zwischen Staaten des Globalen Nordens und des Globalen Südens. Im System der UN gab es in den letzten Jahrzehnten einige Entwicklungen hin zu einer stärkeren Ermächtigung von Entwicklungsländern; insbesondere der wirtschaftliche Aufstieg Chinas brach die Dichotomien zwischen reichem Norden und armem Süden etwas auf. Dennoch bleiben wesentliche Asymmetrien im Einfluss und in der Verteilung wichtiger Güter bestehen. Die meisten Hauptforderungen der NIEO-Erklärung sind nach wie vor nicht umgesetzt. Die UN mit ihren unterschiedlichen Organisationen haben immer wieder Anstrengungen unternommen, diese Asymmetrien zu verringern; dabei ebneten einige dieser Initiativen auch der Formulierung von Zielen in den SDG ihren Weg. Dass eine systematische Debatte über ungleichen Einfluss auf globale Entscheidungen und über den Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Gleichbehandlung überhaupt geführt werden kann, ist bereits als Schritt anzuerkennen, der auch Forderungen der NIEO-Bewegung wieder aufgreift.

In ihren verschiedenen Stoßrichtungen bleiben die SDG einerseits hinter der NIEO-Erklärung zurück, da sie größere systemische Fragen nicht stellen. Andererseits nehmen sie Forderungen auf, die weit über den damaligen Stand der Debatte hinausgehen, vor allem im politischen Bereich (Menschenrechte, Umgang mit Migrant:innen, soziale Gleichheit) oder bezogen auf Umwelt- und Klimafragen. Die Rolle der UN kann man – wie so oft – sehr unterschiedlich bewerten: Eine Umsetzung der Forderungen postkolonialer Staaten nach mehr Teilhabe und besseren Bedingungen für ihr nationales Wachstum scheiterte am geringen Einfluss der UN auf mächtigere Staaten. Gleichzeitig dienten die UN immer wieder als Vehikel für ein konzertiertes Handeln von Staaten des Globalen Südens, die radikalere Interventionen einforderten. Die zum Teil sehr kleinteilig und technisch orientierten SDG sind damit kein Entwurf für eine neue Weltordnung, aber sie reflektieren grundsätzliche Fragen, wie etwa mögliche Grenzen des Wirtschaftswachstums oder die Verteilungsgerechtigkeit.

keit in Anbetracht endlicher Ressourcen, und haben dabei bessere Lebensbedingungen für alle Menschen zum Ziel.

Die Frage, ob eine NIEO² entstehen kann – ob im Gewand der SDG oder der NIEO-Resolution von 2022 – und die Frage, ob diese eine gerechtere Weltordnung ermöglichen, lässt sich wenig überraschend nicht bejahen. Die SDG selbst sind zwar umfassend und ambitioniert, können aber die Diskrepanz zwischen ihrem Anspruch beziehungsweise dem Geist der jeweiligen Ziele einerseits und der Umsetzung und Messbarkeit der Ziele andererseits nicht überwinden. Zumindest aber sind die SDG in die Zukunft gewandt und gehen darüber hinaus, Dauerprobleme wie absolute Armut oder Hunger zu lösen. Die Herausforderung, die der Klimawandel für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung bedeutet, thematisieren die SDG zumindest indirekt – die Forderung nach einer Ermächtigung von Entwicklungsländern in internationalen Finanzinstitutionen soll beispielsweise die Bedingungen für eine weniger asymmetrische Wirtschafts- und Finanzpolitik verbessern. Schließlich bleiben bestimmte institutionelle Grenzen für einen systematischen Wandel bestehen: Gemeint sind Praktiken, die Ungleichheiten im Kontext internationaler Organisationen ständig reproduzieren und diese nur sehr selten transformieren. Die UN können durchaus als Anwältin ärmerer Länder gesehen werden, müssten aber weitergehende Schritte ergreifen, um deren Position wirksam zu stärken. Mit den SDG lebt immerhin der Diskurs einer NIEO wieder auf. Möglicherweise hat er das Bewusstsein für die nach wie vor sehr ungleichen Lebensbedingungen im Globalen Norden und Süden wieder etwas geweckt. Die Spuren der NIEO, die sich in den SDG finden, geben zumindest Hinweise auf einen graduellen Diskurswandel mit Potenzial für weitere politische Veränderungen.

Literatur

- Anghie, Anthony (2015): Legal aspects of the New International Economic Order. In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 6 (1), 145–158.
- Bandola-Gyll, Justina (2022): Statistical entrepreneurs: The political work of infrastructuring the SDG indicators. In: *Policy and Society*, 41 (4), 498–512.
- Best, Jacqueline (2017): The rise of measurement-driven governance: The case of international development. In: *Global Governance*, 23 (2), 163–181.

- Clegg, Liam (2010): Our dream is a world full of poverty indicators: The US, the World Bank, and the power of numbers. In: *New Political Economy*, 15 (4), 473–492.
- Cobham, Alex (2014): Uncounted: Power, inequalities and the post-2015 data revolution. In: *Development*, 57, 320–332.
- Corea, Gamani (1977): Unctad and the New International Economic Order. In: *International Affairs (Royal Institute of International Affairs)*, 53 (2), 177–187.
- Cox, Robert (1979): Ideologies and the New International Economic Order: Reflections on some recent literature. In: *International Organization*, 33 (2), 257–302.
- Destatis – Statistisches Bundesamt (o.J. a): 10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern. In: Ziele für nachhaltige Entwicklung. <http://sdg-indikatoren.de/10/> (Zugriff am 8.5.2023).
- Destatis – Statistisches Bundesamt (o.J. b): 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern. In: Ziele für nachhaltige Entwicklung. <http://sdg-indikatoren.de/2/> (Zugriff am 8.5.2023).
- Fehl, Caroline/Freistein, Katja (2020): Organising global stratification: How international organisations (re)produce inequalities in international society. In: *Global Society*, 34 (3), 285–303.
- Fehl, Caroline/Freistein, Katja (2021): (Un)making global inequalities: International institutions in a stratified international society. In: *Journal of International Relations and Development*, 24 (1), 251–278.
- Fisher, Angelina/Fukuda-Parr, Sakiko (2019): Introduction – Data, knowledge, politics and localizing the SDGs. In: *Journal of Human Development and Capabilities*, 20 (4), 375–385.
- Freistein, Katja/Mahlert, Bettina (2016): The potential for tackling inequality in the Sustainable Development Goals. In: *Third World Quarterly*, 37 (12), 2139–2155.
- Fukuda-Parr, Sakiko (2016): From the Millennium Development Goals to the Sustainable Development Goals: shifts in purpose, concept, and politics of global agenda setting. In: *Gender and Development*, 24 (1), 43–52.
- Fukuda-Parr, Sakiko/McNeill, Desmond (2015): Post 2015: A new era of accountability? In: *Journal of Global Ethics*, 11 (1), 10–17.
- Fukuda-Parr, Sakiko/McNeill, Desmond (2019): Knowledge and politics in setting and measuring the SDGs: Introduction to special issue. <https://www.globalpolicyjournal.com/articles/development-inequality-and-po>

- verty/knowledge-and-politics-setting-and-measuring-sdgs (Zugriff am 25.4.2023).
- Hurd, Ian (2007): *After anarchy: Legitimacy and power in the United Nations Security Council*. Princeton: Princeton University Press.
- IISD – International Institute for Sustainable Development (2016): *UN Reports on progress towards New International Economic Order*. <https://sdg.iisd.org/news/un-reports-on-progress-towards-new-international-economic-order/> (Zugriff am 25.4.2023).
- Jerven, Morten (2013): *Poor numbers: How we are misled by African development statistics and what to do about it*. Cornell: Cornell University Press.
- Kanbur, Ravi/Lustig, Nora (1999): *Why is inequality back on the agenda? Working paper 99/14*. Ithaca & New York: Cornell University.
- Kapto, Serge (2019): *Layers of politics and power struggles in the SDG indicators process*. In: *Global Policy*, 10 (1), 134–136.
- Lakner, Christoph/Milanovic, Branko (2016): *Global income distribution: From the fall of the Berlin wall to the great recession*. In: *World Bank Economic Review*, 30 (2), 203–232.
- Lie, Sande Jon Harald/Sending, Ole Jacob (2015): *The limits of global authority: World Bank benchmarks in Ethiopia and Malawi*. In: *Review of International Studies*, 41 (5), 993–1010.
- Louis, Marieke/Maertens, Lucile (Hg.) (2021): *Why international organizations hate politics. Depoliticizing the world*. Milton Park: Routledge.
- Murphy, Craig (2019): *The emergence of the NIEO ideology*. London: Routledge.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2011): *Busan partnership for effective development co-operation: Fourth high level forum on aid effectiveness, Busan, Republic of Korea, 29 November – 1 December 2011*. Paris: OECD Publishing.
- Ordaz, Enrique (2019): *The SDGs indicators: A challenging task for the international statistical community*. In: *Global Policy*, 10 (1), 141–143.
- Progressive International (2023). *Havana Congress plans »unilateral but coordinated action« to secure technological sovereignty for the global south*. 30.1.2013. <https://progressive.international/wire/2023-01-30-havana-congress-plans-unilateral-but-coordinated-action-to-secure-technological-sovereignty-for-the-global-south/en> (Zugriff am 22.9.2023).
- Seabrooke, Leonard/Sending, Ole Jacob (2019): *Contracting development: Managerialism and consultants in intergovernmental organizations*. In: *Review of International Political Economy*, 27, 802–827.

- Shilliam, Robert (2016): Colonial architecture or relatable hinterlands? Locke, Nandy, Fanon, and the Bandung spirit. In: *Constellations*, 23 (3), 425–435.
- UN – United Nations (1974): UN General Assembly, Resolution A/RES/3201(S-VI). Declaration on the Establishment of a New International Economic Order. 1.5.1974. https://digitallibrary.un.org/record/218450/files/A_RES_3201%28S-VI%29-EN.pdf (Zugriff am 12.6.2023).
- UN – United Nations (2015a): Sustainable Development Goals. <https://sdgs.un.org/> (Zugriff am 1.3.2023).
- UN – United Nations (2015b): The Millennium Development Goals report 2015. https://www.un.org/millenniumgoals/2015_MDG_Report/pdf/MDG%202015%20rev%20%28July%201%29.pdf (Zugriff am 10.1.2023).
- UN – United Nations (2015c): Third international conference: Financing for development. <https://sustainabledevelopment.un.org/index.php?page=view&type=400&nr=2051&menu=35> (Zugriff am 10.1.2023).
- UN – United Nations (2022): Towards a new international economic order. Draft resolution/Pakistan [on behalf of the Group of 77 and China]. A/C.2/77/L.2. <https://digitallibrary.un.org/record/3990396> (Zugriff am 1.3.2023).
- UNECE – United Nations Economic Commission for Europe (2015): From MDGs to SDGs – what have we learned? <https://unece.org/general-unece/press/mdgs-sdgs-what-have-we-learned> (Zugriff am 1.3.2023).
- Wade, Robert (2001): Showdown at the World Bank. In: *New Left Review* 7 (1), 124–137.
- Weiss, Thomas/Daws, Sam (2018): *The Oxford handbook on the United Nations*. 2nd edition. Oxford: Oxford University Press.
- Wright, Richard (1956): *The color curtain*. Jackson: University of Mississippi Press.

